

Protokoll der 14. Sitzung

**Dienstag, 22. Juni 2021, 19.00 - 20.15 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Markus Notter, Präsident

Protokollführerin

Nicole Keusch, Vize-Gemeindeschreiberin Stv.

Stimmzähler

Irene Egli
Samuel Hasler (Ersatz)

Präsenz

Es sind 33 Ratsmitglieder anwesend, das absolute Mehr liegt bei 17.

Entschuldigt sind Francois Christ, Patrik Feusi, Sandra Meier-Jaisli, Claudia Lupoli, Vera Milanovic, Fabio Toma und Esther Wahl.

Traktandenliste

1. Postulat Joel Blunier, EVP: Pilotprojekt "Arbeit für Sozialhilfe". Bericht und Antrag.
2. Entschädigungen und Sitzungsgeld für den Einwohnerrat und dessen Kommissionen für die Amtsperiode 2022/2025
3. Besoldung des Gemeinderats für die Amtsperiode 2022/2025
4. Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2020
5. Postulat von Denise Zeller Xenaki, die Mitte, betreffend Überprüfung der Schulwegsicherheit in Buchs (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
6. Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Regionales Naturnetz im Raum Aarau (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
7. Postulat von Reto Bianchi, glp, betreffend Sammelstellen (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
8. Motion von Marius Fedeli, SP, betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees (wird vom Gemeinderat abgelehnt)
9. Eingänge
10. Verschiedenes

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwendungen erhoben.

Postulat Joel Blunier, EVP: Pilotprojekt "Arbeit für Sozialhilfe". Bericht und Antrag.

(Botschaft des Gemeinderats vom 18. Mai 2021)

Herr Tobias Studiger, Mitglied der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Joel Blunier reichte am 5. April 2018 eine Motion zum Thema "Arbeit für Sozialhilfe" ein. Er wandelte die Motion anschliessend in ein Postulat um. Am 21. Juni 2018 wurde dieses vom Einwohnerrat an den Gemeinderat überwiesen. Der Auftrag lautete, ein Pilotprojekt für Arbeit statt Sozialhilfe zu erarbeiten. Die Sozialhilfeempfänger sollen zur gemeinnützigen Arbeit bei der Gemeinde aufgeboden werden. Damit soll ein Beitrag geleistet werden, diese Leute in den Alltag zu integrieren. Der Gemeinderat hat ein paar Argumente diskutiert. Dazu gehört, dass es durchaus sehr aufwändig sein kann, die Leute von Fall zu Fall richtig zu betreuen. Es braucht sehr viel Know-how. Als Fazit erwähnt der Gemeinderat, dass die Sozialen Dienste nach vielen Personalwechseln immer noch in der Konsolidierungsphase sind und nach wie vor Altlasten bereinigt werden müssen. Es bestehen keine persönlichen und räumlichen Ressourcen. Damit ein solches Projekt angepackt werden könnte, wäre zwingend eine Stellenplanerhöhung nötig. Das bestehende Angebot ist jedoch sehr breit abgestützt, diverse externe Partner sind sehr gut integriert und leisten top Arbeit im Integrationsbereich. Der Gemeinderat beurteilt dieses Postulat deshalb als zurzeit nicht zweckmässig oder sogar kontraproduktiv. Der Gemeinderat empfiehlt von der Lancierung des Projekts abzusehen. Der Antrag lautet entsprechend auf Kenntnisnahme des Berichts und Abschreibung des Postulats von der Kontrolle.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 6 : 0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen. Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Diskussion

Herr Joel Blunier: Ich nehme Kenntnis vom Antrag des Gemeinderats. Ich kann nachvollziehen, dass sich die Sozialen Dienste momentan in der Konsolidierungsphase befinden und somit zu wenig Ressourcen haben um dieses Pilotprojekt umzusetzen. Ich freue mich grundsätzlich, dass man dieses Projekt in einer späteren Phase wieder einbeziehen und neu prüfen möchte, ob dieses in den Sozialen Diensten umsetzbar wäre. Dass wir nun drei Jahre - vorgesehen waren 2 Jahre - auf die Rückmeldung warten mussten, mit der Antwort, dass nichts gemacht wird, finde ich doch speziell. Dies hätte auch schon eher gesagt werden können. In der Zwischenzeit hätten meiner Meinung nach auch bereits erste Schritte eingeleitet werden können wie z. B. einen Betrag ins Budget aufnehmen um ein Projekt zu lancieren oder allenfalls eine Stellenplanerhöhung für dieses Projekt in die allgemeine Stellenplanerhöhung mit einbeziehen. Ich finde die Argumentation, dass dieses Projekt für Buchs kontraproduktiv und nicht zweckmässig ist ein bisschen komisch. Ich teile diese Beurteilung nicht, weil dieses Projekt in einer vergleichbaren Gemeinde unsere Region (Oberentfelden) seit 6 Jahren umgesetzt und als erfolgreich beurteilt wird. Ich zitiere aus einem Pressebericht: *"Die Gemeinde Oberentfelden hat 2016 das Projekt "Lohn statt Sozialhilfe" lanciert. Ziel dieses Projekts ist es, die Sozialhilfeausgaben langfristig zu senken und so die Gemeinderechnung zu entlasten. Laut Statistik belegt Oberentfelden einen der Spitzenplätze im Kanton Aargau, wenn es um die Sozialhilfeausgaben geht. Inhaltlich ist vorgesehen, dass dafür in Frage kommende Personen für die Dauer von drei Monaten von der Gemeinde angestellt werden. Die dadurch erlangte Referenz soll die Stellensuche erleichtern und eine Arbeitsintegration ermöglichen. Die Gemeinde kommt auch während*

der dreimonatigen Einführungsphase bei externen Arbeitgebern für den Lohn von vermittelten Personen auf. Dies ermöglicht es den Arbeitgebern, neue Mitarbeitende ohne grossen Zeitdruck einzuarbeiten. Möglich ist aber auch eine Vermittlung von kurzen Arbeitseinsätzen. Wie wertvoll das Projekt ist, belegen folgende Zahlen. Im Jahr 2020 wurden 29 Personen in den ersten oder zweiten Arbeitsmarkt vermittelt. Es handelt sich dabei um Festanstellungen, Temporäreinsätze und Anstellungen im Stundenlohn. Insgesamt konnten dadurch elf Klienten von der Sozialhilfe abgelöst werden. Sie wurden alle durch den Jobcoach und die Leitung der innerhalb des Projekts geführten Bewerbungswerkstatt betreut und begleitet. Weiter erwies sich der interne Deutschkurs als wirksames Instrument bei der Integration von Klienten ausländischer Herkunft." Ich glaube fest daran, dass man mit ein bisschen Mut und den notwendigen Mitteln auch in Buchs ein solches Projekt lancieren könnte. Ich bin jedoch mit dem Gemeinderat einig, dass dazu die entsprechenden personellen Ressourcen erforderlich sind. Konkret bedeutet dies, wie in Oberentfelden auch, einen Jobcoach. In einer Pilotphase könnte dieser Jobcoach auch von einer Institution wie Trinamo oder Wendepunkt ausgeliehen werden. Ich hoffe, dass alle Einwohnerräte, welche die Sozialhilfeausgaben langfristig in den Griff bekommen möchten, auch einem späteren Antrag zur Stellenplanerhöhung der Sozialen Diensten zustimmen werden. Das eine geht leider nicht ohne das andere.

Frau Tatjana Lambrinouidakis: Wir von der SP finden die Antwort substantiell. Nachdem die Sozialen Dienste nun voll besetzt sind und auch die Stellenerhöhung umgesetzt werden konnte, vertrauen wir darauf, wie die Reintegration der Sozialhilfebeziehenden in Zusammenarbeit mit den Partnern erreicht werden soll. Was auch uns zu denken gab war, wie lange wir auf die Antwort warten mussten. Andererseits möchten wir dem Aspekt den Joel vorgebracht hat, noch eine neue Sichtweise geben. Wir fragen den Gemeinderat deshalb an, ob es denkbar wäre, sich allenfalls über den Gewerbeverband stark zu machen, Firmen zu ermuntern Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Auch wenn es Jobcoaches gibt und wir gute Partner haben, schlussendlich liegt es an den Arbeitgebern, jemandem eine Chance zu bieten. Könnte man sich dort engagieren und einsetzen, dass solche Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt werden? Andererseits möchten wir wissen, ob es intern möglich wäre Arbeitsplätze zu schaffen, um Sozialhilfebeziehende wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren? Gerne stelle ich dies als Anfrage unter Verschiedenes.

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Wie ihr bereits wisst und erwähnt habt, brauchten wir 3 Jahre um das Anliegen zur beantworten. Wir hatten bei den Sozialen Dienste einen grossen Wechsel. Nun konnten wir wieder Fuss fassen und sind in der Konsolidierungsphase fortgeschritten. Als Schwerpunkt der Sozialen Dienste möchte ich nochmals betonen, dass nun zwingend aufgeräumt werden muss, damit wir solche Projekte anpacken können. Die Sozialen Dienste sind immer sehr bemüht, das Anliegen, Arbeitsstellen zu schaffen oder die Sozialhilfebeziehenden in den Arbeitsmarkt zu integrieren, umzusetzen. Dazu nutzen wir auch die professionelle Hilfe der erwähnten Institutionen und Organisationen. Wir müssen uns bewusst sein, dass hier personell aufgestockt werden müsste und auch die räumlichen Ressourcen aktuell zu knapp sind. Deshalb schlagen wir vor, dass dieses Projekt vorderhand nicht auf diese Art lanciert werden soll.

Herr Samuel Hasler: Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass dies ein gutes Postulat ist und eine Möglichkeit zu Senkung der Anzahl Sozialhilfebeziehenden darstellt. Wir verstehen jedoch, dass dies aufgrund der aktuellen Situation der Sozialen Dienste nicht möglich ist. Es soll uns aber nicht daran hindern, auch in Zukunft zu schauen, wie diese Personen in Strukturen integriert, beschäftigt, in den Arbeitsalltag integriert und zur Arbeit motiviert werden können. Wir hoffen, dass dies in den kommenden Jahren erneut geprüft wird, sobald in den Sozialen Diensten wieder eine Basis vorhanden ist. Wir hoffen, dass ein kommandes Postulat in diese Richtung in weniger als 3 Jahren beantwortet würde.

Antrag

Vom Bericht des Gemeinderats sei Kenntnis zu nehmen.

Das Postulat wird von der Kontrolle abgeschrieben.

Abstimmung

Vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Pilotprojekt "Arbeit für Sozialhilfe" wird mit 30 : 0 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) Kenntnis genommen.

Entschädigungen und Sitzungsgeld für den Einwohnerrat und dessen Kommissionen für die Amtsperiode 2022/2025

(Antrag der FGPK vom 2. Juni 2021)

Herr Beat Spiess, Präsident FGPK: Die FGPK sah keine Gründe kreativ zu werden. Die Situation ist gleich wie vor 4 Jahren. Uns kamen keine negativen Ansätze zu Ohren. Deshalb beantragen wir die gleichen Beträge wie vor 4 Jahren.

Anträge

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden), die Entschädigungen und Sitzungsgelder für die Amtsperiode 2022/2025 seien wie folgt zu genehmigen:

Einwohnerrat und Kommissionen	Fr. 60.--/Sitzung
FGPK Rechnungsprüfung	Fr. 50.--/Stunde
PräsidentIn Finanz- und Geschäftsprüfungskommission	Fr. 2'500.--/Jahr
PräsidentIn Einwohnerrat	Fr. 2'500.--/Jahr
Vize-PräsidentIn Einwohnerrat	Fr. 300.--/Jahr

Diskussion

Die Diskussion wird nicht verlangt.

Abstimmung

Dem Antrag wird einstimmig mit 33 : 0 Stimmen zugestimmt.

Besoldung des Gemeinderats für die Amtsperiode 2022/2025

(Botschaft des Gemeinderats vom 8. Juni 2021)

Herr Beat Spiess, Präsident FGPK: Auch die Besoldung des Gemeinderats muss jeweils vor der neuen Amtsperiode neu beschlossen werden. Auch hier sehen wir keine Gründe für eine Änderung. Die Ansätze bleiben gleich. Die Ansätze beziehen sich auf das Maximum des Lohnbands 9 gemäss Personalreglement der Gemeinde Buchs. Der Gemeindeammann wird mit 40 % eingestuft. Auch die Aufgaben der anderen Gemeinderäte werden in Stellenprozente bemessen und bleiben gleich. Der Kredit für projektspezifische Zusatzleistungen im Umfang von 10 Stellenprozenten dient zur Entschädigung von speziellen Aufwänden von einzelnen oder mehreren Gemeinderäten wie z. B. der Gründung einer neuen Kreisschule. Weiter kommen die Spesenentschädigungen von Fr. 3'000.-- für den Gemeindeammann und Fr. 2'000.-- für die restlichen Gemeinderäte dazu.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden):

Die jährlichen Besoldungen für die Mitglieder des Gemeinderats Buchs für die Amtsperiode 2022/2025 seien aufgrund des Maximums per 1. Januar 2022 des Gehaltsbands 9 des Personalreglements der Einwohnergemeinde Buchs wie folgt festzusetzen:

- Gemeindeammann	40 % des Gehaltsbands 9	Fr. 71'540.--
- Vize-Gemeindeammann	16.5 % des Gehaltsbands 9	Fr. 29'510.--
- Gemeinderäte je	15 % des Gehaltsbands 9	Fr. 26'830.--
- Kredit für projektspezifische Zusatzleistungen	10 % des Gehaltsbands 9	Fr. 17'885.--

Diese Besoldungen bleiben für die ganze Amtsperiode unverändert.

Antrag

Die jährlichen Besoldungen für die Mitglieder des Gemeinderats Buchs für die Amtsperiode 2022/2025 seien aufgrund des Maximums per 1. Januar 2022 des Gehaltsbands 9 des Personalreglements der Einwohnergemeinde Buchs wie folgt festzusetzen:

- Gemeindeammann	40 %	(Basis 2021 Fr.	71'540.--)
- Vize-Gemeindeammann	16.5 %	(Basis 2021 Fr.	29'510.--)
- Gemeinderäte je	15 %	(Basis 2021 Fr.	26'830.--)
- Kredit für projektspezifische Zusatzleistungen	10 %	(Basis 2021 Fr.	17'885.--)

Diese Besoldungen bleiben für die ganze Amtsperiode unverändert.

Abstimmung

(Der Präsident weist darauf hin, dass es keine Ausstandspflicht gibt, da noch keine Gemeinderatskandidaten offiziell für die Wahl angemeldet sind. Wer den Saal für die Abstimmung verlassen oder sich der Stimme enthalten möchte, kann dies tun.)

Dem Antrag wird einstimmig mit 32 : 0 Stimmen (1 Enthaltung) zugestimmt.

Rechenschaftsbericht und Jahresrechnung 2020

Herr Beat Spiess, Präsident der FGPK (erläutert Vortrag mit Präsentation): Ich präsentiere euch den Rechenschaftsbericht und die Jahresrechnung 2020. Folgende Punkte werde ich erläutern:

- Rechenschaftsbericht 2020
- Jahresrechnung 2020
- Steuern
- Kennzahlen
- Rechnungsprüfung
- Empfehlung der FGPK

Rechenschaftsbericht 2020

Die Covid-19-Situation hat das vergangene Jahr in vielerlei Hinsicht geprägt. Die Gemeindeverwaltung, der Einwohnerrat, viele mussten flexibel sein und neue Konzepte erarbeiten. Trotzdem sind wir froh, dass die Gemeinde gut bis sehr gut funktioniert hat. Weiter sind folgende Highlights zu erwähnen:

- Baustart Schulhaus Risiacher
- Einweihung Kinderspielplatz Gysimatte (Titelbild des Rechenschaftsberichts)
- Die Revision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO) schreitet voran und konnte bereits zur abschliessenden Vorprüfung an den Kanton überwiesen werden
- Verleihung Label Energiestadt, überreicht durch Regierungsrat Stephan Attiger

Jahresrechnung 2020

Die Rechnung schliesst mit Fr. 85'433.-- positiv ab. Dies entspricht in etwa der Hälfte des Budgets. Die langfristigen Schulden betragen 21 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen betragen 6.5 Mio. Franken.

Positive Einflüsse waren:

- Guter Steuerabschluss
- Entwicklung der Ausgaben geringer als budgetiert und gute Ausgabendisziplin
- Weniger Ausgaben im Bereich Bildung (rund ½ Mio. Franken)

Negative Einflüsse waren:

- Höhere Nettoaufwendungen im Bereich Soziale Dienste

Der deutlich höhere Nettoaufwand bei den Sozialen Diensten resultiert hauptsächlich aus der vorgenommenen Wertberichtigung des Abrechnungskontos und des Kontokorrents der Sozialen Dienste. Seit der Ablösung der Software Tutoris und der Einführung der Software KlibNet in den Jahren 2017/2018 sind Unstimmigkeiten aufgetaucht und haben angehalten. Die Sozialen Dienste konnten in Zusammenarbeit mit dem Softwareanbieter Diartis AG und dem kantonalen Sozialdienst sowie der Abteilung Finanzen im Jahr 2020 die beiden erwähnten Konti analysieren und schliesslich abstimmen. Die FGPK bedankt sich bei allen Beteiligten für die Anstrengungen zur Auflösung dieser Unstimmigkeiten, auch wenn dies zu dieser unschönen Korrektur geführt hat. In den nächsten Jahren geht es um die Überprüfung der Nachhaltigkeit dieser Bereinigungen.

Steuern

Die Steuereinnahmen betragen total 21.7 Mio. Franken. Die Einnahmen der natürlichen Personen betragen 17.5 Mio. Franken und die Quellensteuern Fr. 770'000.--. Dazu kommen die Einnahmen der juristi-

schen Personen (Gewinn- und Kapitalsteuern) sowie die Einnahmen der übrigen Steuern (Grundstückgewinn-, Erbschafts-, Schenkungs- und Nachsteuern).

Kennzahlen per Ende 2020

Die Nettoschuld I ist markant gestiegen von ca. Fr. 735.-- auf knapp Fr. 1'200.-- pro Einwohner. Dies hat mit dem Bau und den Investitionen des Schulhauses Risiacher zu tun. Wie im Finanzplan angekündigt, werden deshalb diese Schulden ansteigen. Der Selbstfinanzierungsgrad ist sehr instabil und liegt nun mit 35 % in einem schlechten Bereich. Der Selbstfinanzierungsanteil ist etwas stabiler, sank aber mit 6.6 % in den roten Bereich. Wir sind jetzt in dieser Phase, wo die angekündigten Investitionen in Schulbauten (aktuell ins Schulhaus Risiacher) effektiv vorgenommen werden.

Rechnungsprüfung

Die FGPK verfasst einen Bestätigungsbericht und einen Erläuterungsbericht mit Empfehlungen und Feststellungen sowohl von der Revisionsfirma wie auch von der FGPK. Die externe Revisionsstelle, AWB Revisionen AG, Lengnau, hat eine Review und Bilanzprüfung vorgenommen. Die FGPK prüfte die Rechnung im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen kritisch und machte einzelne Empfehlungen. 3 Arbeitsgruppen haben die Rechnung geprüft. Ein Zweierteam hat zusammen mit Kolleginnen und Kollegen aus Aarau die Rechnung der Kreisschule Aarau-Buchs geprüft. Weiter hat ein Zweierteam eine Sonderprüfung im Bereich Löhne vorgenommen. Zudem gab es gemeinsame Prüfungen mit Mitgliedern von den Finanzkommissionen von Suhr und Gränichen bei der Finanzverwaltung Suhr im Bereich Schwimmbad Suhr-Buchs-Gränichen, Jugendarbeit Suhr-Buchs und neu der Regionalpolizei Suret.

Bemerkungen und Dank

Die FGPK bedankt sich bei allen Beteiligten, insbesondere bei Patrick Bleuer und der Abteilung Finanzen, für die speditive und freundliche Beantwortung unserer Fragen.

Verpflichtungskreditabrechnung

Heute stimmen wir auch über die Verpflichtungskreditabrechnung "Werkleitungserneuerung im Zuge Eigentrasse WSB Aarau-Buchs-Suhr" ab. Es wurde ein Kredit von 2 Mio. Franken gesprochen. Effektiv betragen die Kosten 2.7 Mio. Franken. Dies bedeutet eine Kreditüberschreitung von 30.3 %. Die Kreditüberschreitung Kanalisation wird wie folgt begründet:

- Bautechnische Verfahrensänderung wegen des schwierigen Baugrundes
- Verzögerung des Bauabschlusses infolge Verfahrensänderung
- Klageverfahren Bauunternehmung mit Vergleichszahlung aufgrund Gerichtsbeschluss

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 8 Anwesenden),

1. vom Rechenschaftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2020 sei Kenntnis zu nehmen.
2. die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie die Bilanz der Einwohnergemeinde für das Jahr 2020 seien zu genehmigen.
3. die Verpflichtungskreditabrechnung
 - Werkleitungserneuerung im Zuge Eigentrasse WSB Aarau-Buchs-Suhr gemäss Aufstellung auf Seite 65 und 66 sei zu genehmigen.

Diskussion

Abschnittweise Beratung des Rechenschaftsberichts

Herr Joel Blunier: Seite 108, Konto 5730.4610.00, Kostenersatz Bund materielle Hilfe: Im letzten Jahr bekamen wir 1.6 Mio. Franken. Im 2020 waren es Fr. 8'900.--, budgetiert waren Fr. 910'000.--. Woran liegt diese grosse Differenz? Liegt es an unterschiedlichen Rückerstattungszeitpunkten?

Herr Patrick Bleuer, Leiter Finanzen: Es handelt sich um die vorgenommene Korrektur, welche Beat eingehend erläutert hat. Die Wertberichtigung der beiden Konti der Sozialen Dienste musste erfolgswirksam verbucht werden. Da es sich um irrtümlich falsch gebuchte Erträge aus Kostenersatz handelte, musste über dieses Konto korrigiert werden. Es handelt sich um eine buchhalterische Korrektur, welche sich optisch massiv auswirkt.

Anträge

1. Vom Rechenschaftsbericht des Gemeinderats für das Jahr 2020 sei Kenntnis zu nehmen.
2. Die Erfolgsrechnung, die Investitionsrechnung sowie die Bilanz der Einwohnergemeinde für das Jahr 2020 seien zu genehmigen.
3. Die Verpflichtungskreditabrechnung
 - Werkleitungserneuerung im Zuge Eigentrassierung WSB Aarau-Buchs-Suhr gemäss Aufstellung auf Seite 65 und 66 sei zu genehmigen.

Abstimmungen

Diesen drei Anträgen wird in Einzelabstimmung einstimmig mit je 33 : 0 Stimmen zugestimmt.

Postulat von Denise Zeller Xenaki, die Mitte, betreffend Überprüfung der Schulwegsicherheit in Buchs

Frau Denise Zeller Xenaki reichte am 30. März 2021 das Postulat betreffend Überprüfung der Schulwegsicherheit in Buchs ein:

Antrag

Der Gemeinderat Buchs wird gebeten die Gesamtsituation der Schulwegsicherheit in Buchs überprüfen zu lassen und ein Konzept für eine zeitgemässe und optimale Schulwegsicherheit in Buchs auszuarbeiten.

Unter anderem soll abgeklärt werden ob die Möglichkeit einer besseren Signalisation beim Schulhaus Risiacher an der Lenzburgerstrasse mittels einer Strassenmarkierung "Schule", oder Signaltafeln Schulweg/Schule besteht oder eine elektromechanische Wechsel-Signalisation oder weitere verkehrsberuhigende Massnahmen zielführend wären. Vielleicht wären auch in gewissen Bereichen Lichtsignalanlagen sinnvoll.

Diskussion

Es wird keine Diskussion gewünscht. Somit ist das Postulat überwiesen.

Postulat von Marius Fedeli, SP, betreffend Regionales Naturnetz im Raum Aarau

Herr Marius Fedeli reichte am 30. März 2021 das Postulat betreffend Regionales Naturnetz im Raum Aarau ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird gebeten,

1. ein Gespräch mit allen Aarau-Regio-Gemeinden über ein gemeinsames regionales Biodiversitätsnetzwerk zu eröffnen, und
2. sich für den Zusammenschluss zu einem möglichst weitreichenden Netzwerk nach Vorbild des Naturnetz Pfannenstil einzusetzen.

Diskussion

Es wird keine Diskussion gewünscht. Somit ist das Postulat überwiesen.

Postulat von Reto Bianchi, gIp, betreffend Sammelstellen

Herr Reto Bianchi reichte am 30. März 2021 das Postulat betreffend Sammelstellen ein:

Antrag

Der Gemeinderat soll prüfen, wie die Bedingungen wären für eine Auslagerung und er soll die erforderlichen Schritte (Reglements Änderung, Offerten/Ausschreibungen etc..) in die Wege leiten und dann den einen Antrag an den Einwohnerrat stellen.

Diskussion

Es wird keine Diskussion gewünscht. Somit ist das Postulat überwiesen.

Motion von Marius Fedeli, SP, betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees

Herr Marius Fedeli reichte am 30. März 2021 die Motion betreffend Offenlegung der Finanzierung von Parteien und Wahl- und Abstimmungskomitees ein:

Antrag

Der Gemeinderat von Buchs wird gebeten, ein Reglement für transparente Politikfinanzierung vorzuschlagen. Das Reglement soll mindestens folgende Aspekte umfassen:

- Gesetzliche Grundlage für eine Offenlegungspflicht aller grösseren Beiträge, sowie der Summe der finanziellen Beiträge und aller grösseren geldwerten Leistungen an politische Parteien, Kampagnenkomitees, persönliche Wahlkomitees und sonstige Organisationen, die sich an kommunalen Abstimmungs- und Wahlkämpfen beteiligen. Zu den finanziellen Beiträgen zählen insbesondere Spenden und sonstige Zuwendungen.
- Im Reglement werden Schwellenwerte pro Abstimmung/Wahl und pro Jahr summierten finanziellen Zuwendungen und geldwerten Leistungen, sowohl von juristischen als auch von natürlichen Personen, festgelegt, ab welchen eine Offenlegungspflicht gilt. Die Annahme von anonymen Spenden ist verboten.
- Es soll im Reglement der Zeitraum und die Frist für die Offenlegungspflicht vor dem jeweiligen Urnengang festgelegt werden.
- Im Reglement sollen zweckmässige und zudem möglichst unbürokratische Regelungen zur Überprüfung der Offenlegungspflicht festgeschrieben werden.
- Ebenfalls im Reglement festgehalten werden, soll eine Regelung zur Sanktionierung von Verletzungen der Offenlegungspflicht.

Ziel der Offenlegungspflicht ist eine möglichst hohe Transparenz, nicht aber eine Offenlegungspflicht für Klein- und Kleinstbeträge, da dies mit einem unnötigen Aufwand verbunden wäre und für die Problematik potenzieller Beeinflussung wenig relevant ist. Es ist nicht das Ziel dieser Motion die Identität aller Kleinspender/innen offenzulegen. Es wird mit dieser Motion keine feste Schwelle festgelegt, sondern der Gemeinderat wird beauftragt, selber eine Schwelle im Reglement vorzuschlagen, die der Grösse der Gemeinde Buchs und dem Budget der jeweiligen Wahlkämpfe gerecht wird. Der Gemeinderat kann sich dabei an den Schwellenwerten anderer Kantone und Städte (wie beispielweise der Stadt Bern oder dem Kanton Schaffhausen, dem Kanton Fribourg oder dem Kanton Schwyz) orientieren.

Diskussion

Herr Dieter Stüssi: Zuerst habe ich den Kopf geschüttelt. Wenn ich die goldene Pflaume für den unnötigsten Antrag verteilen könnte, wäre diese Motion definitiv dafür nominiert. Wir haben tatsächliche Aufgaben. Wir haben einen Gemeinderat der ausgelastet ist und gute Arbeit leistet. Wir haben hier etwas, das von irgendwo her kommt - vielleicht vom Bund, ich weiss es nicht - aber für die Gemeinde Buchs ist dies absolut daneben. Transparenz, ein Modewort, ist in Buchs nicht nötig. Es gibt keine Hinweise, dass Gemeinden mit Finanzen bedient werden oder dass Abstimmungen durch grosse Spenden gesteuert werden. Hier wird dem Gemeinderat etwas zum Frass vorgeworfen. Er soll ein Reglement erarbeiten für etwas Unnötiges. Er soll eine Administration aufziehen, welche kostet, nämlich eine Prüfstelle mit Sanktionsmöglichkeiten. Das ist nicht gratis zu haben. Interessant, dass gerade einer der Motionäre dem Gemeinderat Fr. 3'000.-- für richtige Führungsaufgaben gestrichen hat. Hier will man nun aber Geld ausgeben, für etwas das für nichts ist. Wenn andere Gemeinden dies tun, sollen sie selber schauen, was sie mit

der verdünnten Suppe anfangen wollen. Sie sollen sie selber auslöffeln. In Buchs ist dies nicht nötig. Ich bin froh, dass der Gemeinderat diese Motion nicht entgegnehmen will.

Herr Joel Blunier: Eine transparente Politikfinanzierung hat in der Bevölkerung einen grossen Stellenwert. Dies zeigte sich mit der Initiative, welche zu Stande gekommen ist, es zeigte sich bei der Beratung im Parlament. Die EVP hat diese Initiative ebenfalls unterstützt. Wir stehen also für eine transparente Politikfinanzierung. Als Generalsekretär musste ich früher auch schon vor der GREGO-Kommission des Europarates anfragen und Fragen bezüglich Politikfinanzierung beantworten, da die Schweiz diesbezüglich hinter dem Mond ist. Es gibt durchaus auf nationaler Ebene Handlungsspielraum und Handlungsmöglichkeiten. Ich bin der Meinung, dass es dort gewisse Grenzen braucht, vor allem wenn es sich um Abstimmungen handelt, bei welchen Verbände und Firmen massiv eingreifen. Ich konnte in meiner Zeit einige Erfahrungen diesbezüglich sammeln. Auf der Ebene der Gemeinde muss ich aber sagen, schiessen wir mit riesigen Kanonen auf ganz kleine Spatzen. Ich kann es offenlegen. Die EVP hat ein Parteibudget für die Wahlen von Fr. 5'700.--. Wir legen das offen, dies ist gar kein Problem. Die ganze Partei Buchs hat nicht einmal den Betrag, welcher auf nationaler Ebene als Einzelspendenbetrag vorgestellt wird, überschritten. Geschweige denn die Einzelspenden, welche bei uns eintreffen. Wir könnten alle kurz unser Budget sagen, dann ist das erledigt. Ein Reglement, die ganze Prüfung, das ist gut gemeint aber auf lokaler Ebene eine Schuhnummer zu gross. Deshalb empfehle ich auf diesen Aufwand zu verzichten.

Frau Tatjana Lambrinoudakis: Man kann gerne Argumente dafür und dagegen vortragen, aber ich finde wir sollten wertschätzend oder zumindest fair miteinander umgehen. Ich möchte weiterhin Wortmeldungen mit gesundem Anstand erleben.

Herr Marius Fedeli: Wenn Dieter mir einen Pokal oder Preis überreichen möchte, nehme ich diesen gerne entgegen. Die Interessenbindungen werden nun in der überarbeiteten Gemeindeordnung vorgeschlagen, das war bisher nicht drin. Bisher hatten wir also nicht viel Transparenz. Es wird weder eine Prüfstelle noch mehr Administrationsaufwand verlangt, es geht darum ein Reglement zu erstellen. Wenn dann dort steht, dass jede Partei ihr Budget offenlegt, so wie es Joel vorhin getan hat, würde das reichen. Ein gleiches Geschäft wurde national behandelt. Es ist mir durchaus bewusst, dass es sich in der Gemeinde um kleinere Beträge handelt. FDP Nationalrat Andri Silberschmidt sagte, wenn Spender und Zahler bekannt sind, könnte man sich mehr auf das Wesentliche konzentrieren. Ich hätte es schön gefunden, andere nicht.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gemeinderat erachtet dieses Postulat als mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Ich darf in Absprache mit der Parteileitung erwähnen, dass die FDP ein Budget für die Wahlen von Fr. 6'000.-- bis Fr. 7'000.-- hat. Letztes Jahr nahmen wir Spenden in der Höhe von Fr. 700.-- ein. Ich gehe davon aus, dass es bei den anderen Parteien etwa gleich aussieht. Aus diesem Grund erachten wir die Erarbeitung eines entsprechenden Reglements als unnötig.

Herr Reto Fischer: Ich hatte ein Budget von Fr. 1'000.--, welches aus Spenden zu Stande gekommen ist. Ich bin überrascht über das wilde, aggressive, furiose Votum von Dieter Stüssi. Es ist kein Geheimnis, Joel Blunier hat es gesagt, Urs Affolter hat es gesagt und ich auch. Wo liegt das Problem offenzulegen, wie viel Geld für den Wahlkampf ausgegeben wird? Und was noch viel wichtiger ist, woher das Geld kommt? Ich glaube auch nicht, dass der Aufwand gross gewesen wäre. Eine einfache Umfrage nach den Wahlen hätte genügt. Die einen hätten wohl die korrekte Zahl angegeben, andere vielleicht nicht. Ich finde auch, dass Transparenz sehr wichtig ist. Im Europarat ist die Schweiz das einzige Land, welches diese Transparenz nicht hat. Auch im Rückblick auf die Abstimmungen vor 3 Wochen stellen sich einige die Frage, woher das Geld der Parteien für den Wahlkampf jeweils kommt. Ich hätte es spannend gefunden, wenn wir hier auf Gemeindeebene hätten sagen können woher und wie viel Geld die Parteien zur Verfügung haben. Warum man hier mit Kanonen auf Spatzen schiessen muss, so wie es Dieter Stüssi gemacht hat, steht für mich schon etwas in Frage.

Abstimmung

Die Motion wird dem Gemeinderat mit 22 : 9 Stimmen (2 Enthaltungen) nicht überwiesen.

Eingänge**Postulat von Tatjana Lambrinouidakis, SP, betreffend Kinderbetreuung - weiterhin ein Trumpf von Buchs!**

Frau Tatjana Lambrinouidakis reicht folgendes Postulat ein:

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, die Anpassung des Reglements für die Ausrichtung von Beiträgen an familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung an das Niveau von anderen Aargauer Gemeinden zu prüfen. Die Beispielrechnung dient zur Veranschaulichung des Anliegens:

- Start der Gemeindebeiträge bei 90 % der Vollkosten bzw. Normkosten (bisher 80 %) bei CHF 35'000.-- massgebendem Einkommen
- Ende der Gemeindebeiträge bei 0 % bei CHF 90'000.-- massgebendem Einkommen (bisher 85'000.--)

Begründung

Das Angebot an familienergänzender Kinderbetreuung nahm im Kanton Aargau in den letzten Jahren zu. Dennoch nehmen weniger als 30 % der Aargauer Familien institutionelle Betreuungsangebote in Anspruch. Mit ein Grund sind die hohen Kosten: Dies zeigt die Regionalstudie "Aargau" 2020 der Credit Suisse¹. Trotz Subventionen der Gemeinden kostet ein Krippenplatz je nach Haushaltseinkommen und Betreuungsdauer schnell mehrere Tausend Franken im Jahr. Beispiel: Steuerbares Einkommen CHF 100'000.--, Kinderbetreuungskosten ca. 10'000.-- (1 Kind, 2 Tage/Woche. Durchschnitt von 6 Aargauer Gemeinden). Über jede zehnte befragte Person gab die Kosten der professionellen Betreuungsangebote als Hauptgrund für deren Nichtinanspruchnahme an. Allen voran bei Müttern wird das Potenzial zum Beitrag am Haushaltseinkommen oft nicht ausgeschöpft.

Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist nicht nur aus volkswirtschaftlicher Sicht und für die Erhöhung des Buchser Steuersubstrats, sondern auch für jede Person mit Kinderbetreuungspflichten zentral. Standortbedingungen, die diesen Balanceakt erleichtern, tragen entsprechend zur Lebensqualität und somit zur Wohnattraktivität einer Region für Familien bei. Buchs steht auch bzgl. Kinderbetreuung im Wettbewerb mit anderen Gemeinden.

Für ein lebendiges Buchs, das attraktiv ist für Familien, auch mit mittlerem Einkommen, brauchen wir eine wettbewerbsfähige Subventionierung der Kinderbetreuung.

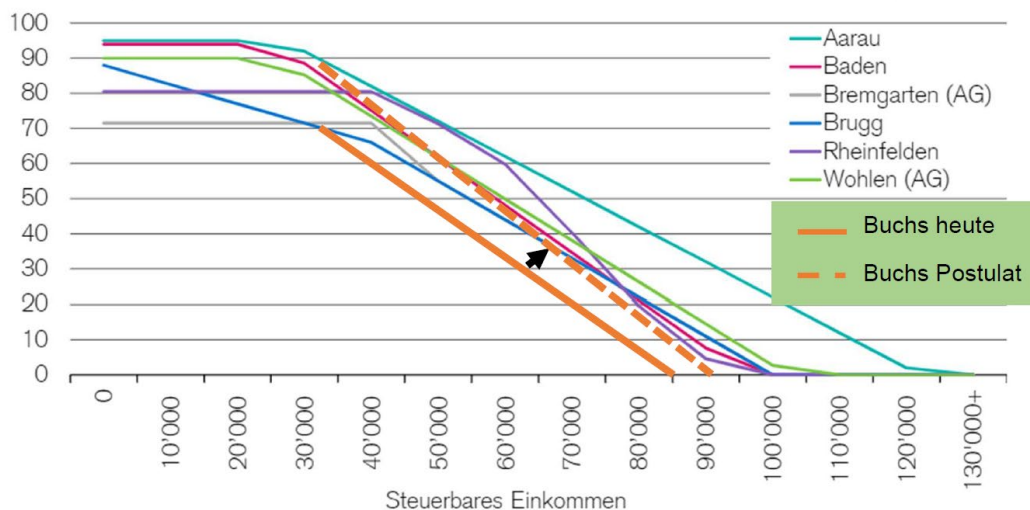
Wir können stolz darauf sein, wie in Buchs die Kinderbetreuung geregelt ist. Schon Jahre vor der gesetzlichen Pflicht - hatte die Gemeinde mit dem Kindernetzwerk ein Angebot an professioneller Kinderbetreuung. Fristgerecht haben wir das Reglement auf das Schuljahr 18/19 hin gemäss dem KiBeG angepasst. Bei der Verabschiedung war uns allen bewusst, dass erst mit der Praxis die Subventionsstrategie richtig definiert werden kann. Die Beiträge wurden deshalb vorsichtig auf ein tiefes Niveau angesetzt.

Nun haben wir, wie auch andere Aargauer Gemeinden, Erfahrungen gesammelt. In der folgenden Abbildung sind die Unterstützungsbeiträge von Beispielgemeinden aus den sechs Wirtschaftsregionen mit

¹ Regionalstudie "Aargau" 2020 zum Thema Vereinbarkeit und Familie: <https://www.creditsuisse.com/about-us-news/de/articles/media-releases/hohe-kosten-fuer-kinderbetreuung--arbeitgeberim-aargau-familien-202012.html>

Buchs im Vergleich dargestellt. Die Mehrheit der Familien mit Kindern haben ein steuerbares Einkommen zw. CHF 30'000.-- bis zu CHF 100'000.-- (darunter Sozialhilfe). Buchs liegt deutlich unterhalb der anderen Gemeinden.

Unterschiedliche Subventionspraxis der Gemeinden Maximaler Unterstützungsbeitrag der Gemeinde an die Ganztagesbetreuung in einer Kita*, in CHF pro Tag



* Kind älter als 18 Monate, nach steuerbarem Einkommen der Eltern (Annahme: kein steuerbares Vermögen); weitere Annahmen: vgl. Studie; Stand: September 2020

Quelle: Webseiten der Gemeinden, Credit Suisse

Auch ein zweiter Vergleich über Gemeinden mit verschiedenen Durchschnittseinkommen zeigt, dass Buchs unter der Trendlinie der Beiträge liegt.

Beispielrechnung: Bei einer Verschiebung der Linie nach rechts in der obigen Abbildung, würden wir uns dem Modell Wohlen angleichen. In Wohlen liegt das durchschnittliche Einkommen unter dem Buchser Niveau. Ausgehend vom Rechenschaftsbericht Wohlen 2020 und normiert auf die Anzahl Einwohner hiesse das konkret, dass Buchs das Budget für Beiträge an die familienergänzende Betreuung um CHF 80'000.-- auf CHF 300'000.-- erhöht.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Samuel Hasler, SVP, betreffend aktueller Stand Dorfmetzger**

Herr Samuel Hasler reicht folgende Anfrage ein:

Im vergangenen Jahr wurde bekannt, dass die Dorfmetzger Buchs GmbH an eine neue Besitzerin verkauft wurde. Diese übernahm das Unternehmen sowie den Mietvertrag mit der Gemeinde Buchs über die Liegenschaft an der Mitteldorfstrasse. Inzwischen ist fast ein Jahr vergangen. Seit mehreren Monaten ist die Metzgerei durchgehend geschlossen. Inzwischen wurden sämtliche Schaufensterbeschriftungen und Logos an der Fassade entfernt. Ein Blick ins Innere zeigt, dass die Lokalität geräumt wurde und nur noch das Mobiliar vorhanden ist. Somit stellen sich mir verschiedene Fragen:

1. Besteht das Mietverhältnis zwischen der Gemeinde Buchs und der Dorfmetzger Buchs GmbH noch? Falls nein, weshalb wurde es beendet?
2. Wie sieht die Zukunft der Liegenschaft aus? Wann ist mit einer Wiedereröffnung zu rechnen?
3. Sollte ein Mieterwechsel stattfinden oder stattgefunden haben, wer ist oder soll der neue Mieter werden? Wird der Gemeinderat die Liegenschaft auch in Zukunft an eine Metzgerei vermieten?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Das bestehende Mietverhältnis wurde von Seiten der Gemeinde per 31. Mai 2021 wegen Nichteinhalten der vertraglichen Verpflichtungen gekündigt. Das Mietverhältnis besteht nicht mehr und wurde auch nicht angefochten. Die Mieterschaft hat Anfang Juni die Liegenschaft ordnungsgemäss verlassen. Die Räumlichkeiten sind aktuell leer. Der Gemeinderat wird sie besichtigen. Dem Vernehmen nach eignen sich die Räumlichkeiten aktuell nicht ohne weiteres zur Wiedervermietung, vor allem nicht als Metzgerei. Wir wollen uns aber selber ein Bild der Situation machen. Anschliessend wird über das weitere Vorgehen bestimmt. Wiedereröffnung, neuer Mieter, anderer Mieter oder wie auch immer. Es gilt nun nichts zu überstürzen. Es ist genug passiert, was wir nicht beeinflussen konnten. Wir sind froh, dass wir die Liegenschaft nun wieder in unseren Händen haben und sind bestrebt so rasch wie zweckmässig eine gute Lösung zu realisieren.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Tatjana Lambrinouidakis, SP, betreffend Arbeitsplätzen zur Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden**

Frau Tatjana Lambrinouidakis reicht folgende Anfrage ein:

Ist es denkbar, über den Gewerbeverband, Firmen dazu zu ermuntern, Arbeitsplätze zur Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfebeziehenden zu schaffen? Würde der Gemeinderat als Türöffner wirken wollen? Ist die Prüfung von geeigneten Stellen in der Verwaltung, intern in Buchs denkbar?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Prüfung von geeigneten Stellen innerhalb der Verwaltung ist eine laufende Angelegenheit. Wir haben namentlich im Werkhof und bei den Sozialen Diensten so bereits Leute angestellt. Wir sind hier laufend mit der Leiterin in Kontakt. Im Rahmen der Gewerbebox, zu welcher ich jeweils eingeladen bin, kann ich dieses Thema gerne einbringen und Werbung machen dafür. Es ist tatsächlich so, dass wir Firmen brauchen, welche solche Arbeitsplätze anbieten. Dies ist immer mit etwas mehr Aufwand verbunden, aber es kann sich durchaus lohnen. Gemeindeintern haben wir durchwegs gute Erfahrungen gemacht. Wir sind hier sehr offen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 10

Verschiedenes

Herr Marius Fedeli: Ich möchte erwähnen, dass der Einwohnerratspräsident zu Beginn der Sitzung gesagt hat, dass wir an der Maskenpflicht festhalten. Wenn gewisse Ratsexponenten der SVP das Gefühl haben, sie müssen während der halben Sitzung keine Maske tragen und dagegen auch nicht interveniert wird, muss ich mich wirklich fragen, was wir hier für Spässe machen. Sollte die betroffene Person eine Dispens haben, könnte man dies eingangs der Sitzung erwähnen. Nicht nur Transparenz, sondern auch Fairness und Solidarität sind wichtig im Leben.

Herr Präsident Markus Notter: Es tut mir leid, ich habe das nicht gesehen, sonst hätte ich diese Person ermahnt.

Herr Reto Fischer: Ich möchte nochmals auf die Anfrage von Samuel Hasler zurückkommen. Ich möchte dem Gemeinderat ein Kränzlein winden, dass sie das Mietverhältnis beendet haben. Ich freute mich über die Metzger und war sehr enttäuscht, dass monatelang nichts passierte. Kompliment an den Gemeinderat. Was wäre denn der Wunsch des Gemeinderats, was mit der Liegenschaft passieren soll? Soll es eine Metzgerei bleiben? Oder will man in eine andere Richtung gehen, da die Liegenschaft eher überaltert ist?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir wollen die Liegenschaft anschauen. Besteht ein erhöhter Investitionsbedarf, damit die Metzgerei wieder betrieben werden kann, könnte ich mir vorstellen, dass der Gemeinderat zum Schluss kommt, einen anderen Weg einzuschlagen. Aber wir wollen sie zuerst anschauen. Eine Verkaufsnutzung wäre an diesem Ort natürlich wünschenswert, sodass es dem Dorf etwas bringt. Ob es zwingend eine Metzgerei sein muss? Ich gehe davon aus, dass sich die meisten Menschen nach der langen geschlossenen Phase neu organisiert haben, was den Neuaufbau erschweren würde. Nach den Sommerferien werden wir uns die Sache anschauen. Wir wünschen uns aber sicher eine öffentliche Nutzung.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Dem Gemeinderat ist der Bärenplatz ein grosses Anliegen. Im Budget ist Geld für einen Prozess eingestellt. Dieser konnte bisher pandemiebedingt leider nicht durchgeführt werden, wurde nun aber lanciert. Ich habe von verschiedenen Reklamationen gehört, welche bei der Kanzlei und bei Susanna Lehmann Sokac eingegangen sind. Ich möchte erklären, wie es wirklich ist. Nachdem der Bundesrat den letzten Entscheid betreffend Pandemiebestimmungen getroffen hat, haben wir Hoffnung zur Durchführung der Anlässe geschöpft und nach einem ersten Termin gesucht. Am 1. Juli laden wir die Parteien, die IG Bärenplatz und IGB plus einige andere mit einer Zweierdelegation zu einer ersten Information ein. Die Teilnehmer sollen die Informationen während den Sommerferien weitertragen, damit sich alle die ersten Gedanken dazu machen können. Nach den Sommerferien, am 4. September 2021 findet ein Workshop statt. Vielleicht macht Frau Rohner noch ein Interview mit mir, sodass wir darauf aufmerksam machen können und möglichst viele Leute kommen. Ab 1. Juli werden auch erste Informationen auf der Homepage aufgeschaltet. Ich werbe um etwas Goodwill, unser Ziel ist eine gute Lösung für den Bärenplatz. Wir wollen es gut machen und einen möglichst guten Prozess sicherstellen.

Frau Heidi Niedermann: Ich bin froh, dass Urs Affolter die IG Bärenplatz nun noch erwähnt hat. Ich habe als Präsidentin des AZS via IGB eine Einladung bekommen. Mir viel auf, dass der Verein Bärenplatz nicht aufgeführt war. Ich habe mich bei den anderen Kerngruppenmitgliedern erkundigt, ob sie die Einladung erhalten haben, dies war jedoch nicht der Fall. Deshalb habe ich mich bei der Kanzlei danach erkundigt. Wir haben die Einladung nun erhalten. Wo die erste Einladung stecken blieb weiss ich nicht. Wir sind aber

sehr froh, dass der Verein Bärenplatz nun auch zur Infoveranstaltung eingeladen ist. Wir werden diesen Termin sicher wahrnehmen, auch wenn das Datum nicht optimal ist.

Informationen von Herrn Präsident Markus Notter:

Nächste Sitzung

Die nächste Sitzung findet am Donnerstag, 21. Oktober 2021 statt.

Schlusswort

Ich wünsche euch einen schönen Abend, einen schönen Sommer und weiterhin beste Gesundheit.

Dank

Der Präsident dankt allen die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 22. Juni 2021

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Markus Notter

Nicole Keusch